

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinrich Fahrenbrach, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33, Tel. 4423 • Druck und Versand Joh. van Riden, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 4692 • Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— Mf.

Das Ringen um Grundsätze und Methoden in der deutschen Arbeiterschaft.

Aus dem Vortrag des Generalsekretärs der christlichen Gewerkschaften, Kollegen Otto-Verlin, gehalten auf dem VIII. Herbsttag in Darmen (9.—12. Juni 1924).

Einleitend verbreitete sich der Redner über die Lage des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterbewegung in den letzten Jahren. Im Hauptteile seines Vortrages ging er dann zur Beantwortung der Frage über: Wie stellt sich uns die Gewerkschaftsbewegung in ihren hauptsächlichsten Ausprägungen zur Zeit dar? Schon von jeher wurden die freien Gewerkschaften sehr stark von allen Ausbeuterparteien im Sozialismus bedrängt. Die Kommunisten z. B. werfen den anderen Sozialisten vor, daß sie nicht auf dem Boden des wahren und wirklichen Sozialismus stehen, und daß die Methoden, die von ihnen angewandt würden, nicht richtig seien. Alle sozialistischen und sonstigen Auseinandersetzungen im sozialistischen Lager wirkten auf die freien Gewerkschaften zurück. Gegenwärtig ist die scharfe Opposition der Kommunisten, die den Bestand der freien Gewerkschaften stark erschüttert. Eine große Anzahl von Gewerkschaften, Büros und Ausschüsse, arbeiten nach Anleitung und auf Weisung von Moskau, um die freien Gewerkschaften sturmreif zu machen. Alles Streben der Kommunisten geht dahin, in kürzester Zeit den gesamten Funktionärrapparat der Opposition in die Hand zu spielen.

Eines der vielen Mittel zur Erreichung dieses Zieles sind die sog. wilden Betriebsratskongresse. Den Kommunisten ist alle praktische Gewerkschaftsarbeit verhasst, ihr Ziel sind nur Putzschneiderei und Generalarbeit zur Eroberung der politischen Macht. Seitens des Vorstandes des A. D. G. B. sind nicht nur verschiedene Ortsausschüsse, die sich als Organe von Moskau fühlten und handelten, aufgelöst worden, es mußten innerhalb der einzelnen Verbände auch eine ganze Reihe von Ortsgruppen aufgelöst und ausgeschlossen werden. Diese Verhältnisse schwächen nicht nur die freien Gewerkschaften; sie legen die Art an die Wurzel jeder vernünftigen Gewerkschaftsarbeit überhaupt und führen in einer Zeit sozialpolitischer Reaktion die Macht der Scharfmacher im Arbeiterlager. In ganzen Orten, ja ausgegliederten Bezirken sogar, fordern die Kommunisten systematisch die Arbeiter auf, keine Gewerkschaftsbeiträge zu zahlen. Auf der anderen Seite veranlaßt dieser kommunistische Pfahl, der im Fleische der freien Gewerkschaften sitzt, die letzteren des öfteren aus Agitationsrücksichten dazu, Schritte zu tun und Methoden anzunehmen, die vom Standpunkte einer gesunden Gewerkschaftspolitik entschieden zu verwerfen sind. Diese Methoden laufen sowohl dem Gesamtinteresse des Volkes, wie auch den wohlverstandenen Arbeiterinteressen zuwider.

Der Austritt der freien Gewerkschaften aus der Zentralarbeitsgemeinschaft war letzten Endes nichts anderes als wie eine agitatorische Maßnahme auf die kommunistische Opposition.

Eine spätere ruhigere Zeit wird hoffentlich auch einmal das ungeheure Verdienst gerade der christlich nationalen Gewerkschaftsbewegung nicht nur allein um die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens, sondern auch um die des staatlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens, insbesondere während der Revolutionsjahre mehr würdigen und anerkennen. In bezug auf die sog. vaterländischen wirtschaftsfriedlichen „gelben“ Bewegungen ist hoch die Frage erlaubt: Warum entdecken diese Herrschere als es vor tat, den revolutionären und umstürzlerischen Bestrebungen entschieden entgegenzutreten; als es unter Umständen noch Kopf und Kräfte kostete, wenn man in die Bresche sprang? Damals überließ man den christlichen Gewerkschaften gerne diese Arbeit. Jetzt, wo die Gefahren nicht mehr so groß sind, spielt man sich als alleiniger Erbpächter des nationalen Gedankens auf.

Die Wirtschaftsfriedlichen entfalten eine sehr geschickte, jugliche aber auch eine struppellose demagogische Agitation. Sie nützen auf der einen Seite die Enttäuschung der Massen gegenüber dem Sozialismus geschickt aus, ferner zeigen sie konfessionelle Instinkte aus und benutzen die vaterländischen Verbände, um sich Geld und den notwendigen Hintergrund zu schaffen. Schon aus dem letzten Grunde ist es notwendig, daß ohne weiteres den vaterländischen Verbänden nicht ohne weiteres „Gewehr bei Fuß“ stehen, sondern innerhalb dieser Organisation für die notwendige Aufklärung sorgen müssen. Die Wirtschaftsfriedlichen bezw. die „Gelben“

sind eigentlich gar keine Gewerkschaftsbewegung und Interessenvertretung der Arbeitnehmer.

Wenn die Arbeitnehmer, wie es in der Tendenz und in der Praxis der „Gelben“ liegt, sich mit den Arbeitgebern in Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen sollten, ohne dabei gleichzeitig ihre eigenen Interessen als Arbeitnehmer durch kraftvolle Organisationen wahrzunehmen, bedeutet das für die Arbeitnehmer als schwächeren Teil: die Preisgabe wichtiger Rechte und Interessen. Wir müssen nach alledem zu einer ganz entschiedenen Ablehnung der Wirtschaftsfriedlichen kommen. Dieser Bewegung gegenüber gilt es, insbesondere auch den nationalen Charakter unserer Bewegung stets entsprechend zu betonen und darauf hinzuweisen, daß die wirtschaftsfriedliche Bewegung letzten Endes nur dazu führen wird, daß die sozialen Gegensätze sich weiter verschärfen und der nationale Zusammenhalt in unserem Volke anstatt gefördert, nur gelockert wird.

Wir als christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung sind eine Interessenvertretung der Arbeiterschaft. Wir wollen die Interessen der Arbeitnehmer entschieden und zielbewußt wahrnehmen. Unsere Bewegung hat ihr besonderes Eigenleben. Sie hat Grundsätze. Wir lehnen den Klassenkampf entschieden ab. Unsere Grundsätze verschärfen in ihrem Endziel nicht die bestehenden Gegensätze. Sie überbrücken sie. Ohne soziale Erneuerung gibt es keine nationale Wiedergeburt! Die Worte christlich-national bedeuten für uns ein Programm. Christlich heißt für uns die Grundliebe des Christentums, der Nächstenliebe und Brüderliebe praktisch überall in die Tat umzusetzen. Das Christentum gibt auch dem Arbeiter ewige und unvergängliche Rechte. Auch die ewigen und unvergänglichen Menschenrechte für ein gedemütigtes und zu Unrecht geknechtetes Volk sind begründet in den Forderungen, die das Christentum für Völker- und Staatsmänner stellt.

Eine Verzerrung des Begriffes national, wie wir es in der heutigen Zeit des Begriffes antreffen, lehnen wir ab. Wirklich national sein, heißt: seine Heimat, sein Volk, sein Vaterland lieben, heißt: innerlich besorgt sein um das Wohl des Ganzen und aus diesem innerlichen Besorgsein heraus auch bereit sein zu Opfern für das Ganze.

Weil wir christlich-national sind, darum verwerfen wir auch den Klassenkampf. Wirkliches Christentum schließt den Klassenkampf aus. Wir stehen auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft und Klassenkampf sind scharfe Gegensätze. Letzten Endes kann nur aus wirklichem Christentum der echte und wahre Gemeinschaftsgeist entspringen.

Mit unseren internationalen Verbindungen haben wir nicht nur der christlichen Arbeiterschaft, sondern auch unserem gesamten deutschen Volke lehrer genützt.

Den Streik verwerfen wir nicht ohne weiteres. Für uns ist der Streik letztes Mittel, wenn alle anderen versagen, um Rechte und Interessen der Arbeiterschaft zu verteidigen. In dem Abschluß von Tarifverträgen sehen wir einen praktischen Ausdruck des Gemeinschaftsgeistes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Wir sind Gegner einer öden Gleichmacherei und Schematisierung. Ohne Schaden für das Ganze kann nichts gleichgemacht werden, wo die Natur und die Schöpfung gewiß Verschiedenheiten bedingt. Die gelernte Arbeit muß entsprechend gewertet werden. In der Vergütung muß sie Berücksichtigung finden.

Es ist ein beliebtes Schlagwort geworden, den Gewerkschaften und den Tarifverträgen Schematisierung vorzuwerfen. In Wirklichkeit finden wir aber diese Schematisierung bei den verschiedensten Maßnahmen auch auf Arbeitgeberseite oft in ungleich stärkerem Maße. Wir sind auch nicht Gegner einer Steigerung der Produktion. Aber eben, sehr wie ein Schema: 8 Stunden für alle Berufe und für alle Arbeitsverhältnisse an sich falsch ist, ist umgekehrt auch ein Schema von 9 oder auch 10 Stunden, wie weite Arbeit ein Schema, falsch.

Und ist nicht letzten Endes das vielfache Festsetzen auf Arbeitgeberseite, den Lohn nach den Verhältnissen des wirtschaftlich schlechtesten Betriebes in einem Bezirke zu schimmeln und einen solchen Betrieb in einem Ausgangspunkt für das Gehaltshinwachsen zu nehmen, Schematismus schlimmster Art? Es liegt im Wesen unserer Einstellung, daß wir uns gegen öde Gleichmacherei und Mechanisierung wenden.

Im Wesen des christlichen Gedankens liegt es auch, daß wir die Arbeit nicht schlechthin als Last empfinden, sie ist uns höchster Dienst an unseren Berufs-

genossen, an unserem Volke und Vaterland. Diese hohe Auffassung von der Arbeit wird und kann der Sozialismus und der materialistisch eingestellte Mensch nicht ausbringen.

Unsere Zeit ist leider von politischen und parteipolitischen Leidenschaften sehr stark durchsetzt. Umso mehr ist es für unsere Bewegung notwendig, den echten christlichen und nationalen Gewerkschaftsgedanken voranzustellen und die Parteipolitik aus unseren Reihen fernzuhalten. Wir sind eine freie und unabhängige Bewegung und wollen das auch in Zukunft bleiben. Eine Bewegung, die zwar nicht religiös, aber konfessionell neutral ist, die nicht politisch, wohl aber parteipolitisch neutral ist.

Von dieser Plattform aus finden wir auch den richtigen Weg zu einer echten, christlich-nationalen Gewerkschaftspolitik. Der soziale Gedanke, der in unserer Bewegung lebt, der sich aus einer echten, gemeinseinstimmung von selbst ergeben muß, steht nicht im Gegensatz zu dem, was das Interesse der Wirtschaft verlangt. Der wirkliche Gemeinheitsgeist, die soziale Erneuerung, die Voraussetzung für eine nationale Wiedergeburt sind, können letzten Endes nur aus unserer Bewegung hervorzunehmen.

Eine Gewerkschaftsmüdigkeit darf es in unseren Reihen nicht geben. In den letzten Jahren sind Zunahmen an die Gewerkschaften gestellt und Erwartungen an sie gesetzt worden, die zu erfüllen kein Staat und keine Gewerkschaftsbewegung bei den Verhältnissen, in denen wir leben, zu erfüllen im Stande waren. Wohin wäre die Arbeiterschaft gekommen, wenn nicht die Gewerkschaftsbewegung sich der Interessen der Arbeiterschaft angenommen hätte. Das Bestehen einer Gewerkschaftsbewegung ist an sich schon für die Arbeiterschaft ein Vorteil. Nicht in den gelegentlichen Streifen, in dem Abschluß eines Tarifvertrages allein äußert sich der Vorteil, sondern auch darin, daß die Gewerkschaft da ist. Dadurch, daß der Arbeitgeber mit dem Vorhandensein der Gewerkschaft und dem Zusammenschluß seiner Arbeiterschaft rechnet, unterbleibt manche Handlung und Maßnahme zu ungunsten der Arbeiterschaft, die sonst vorgenommen würde, wenn die Organisation nicht da wäre. Wir müssen zu einer mehr nüchternen gewerkschaftlichen Betrachtungsweise zurückkehren. Was in den letzten Jahren vor sich ging, war vielfach kein organisches Wachstum und war kein Erringen von Fortschritten unter starken Anstrengungen und Opfern. Jetzt müssen wir uns mehr auf uns selbst besinnen. Wir müssen uns inne werden, daß Fortschritte für die man selbst wenig eingesetzt hat, leicht gefährdet sind. Es gilt nun: Zusammenzutreten und für den Bestand des wirklich Gesunden und für weitere gesunde Fortschritte zu kämpfen und Opfer zu bringen. Ohne Einsatz gibt es keinen Gewinn!

Vor uns liegt eine ernste und schwere Zeit. Trotz des Ernstes und trotz der Schwere der Zeit wollen wir uns den Glauben an die Mission unserer Bewegung, den Glauben auch an unser Volk und Vaterland nicht nehmen lassen. Unsere Parole soll und muß lauten: Arbeiten und nicht verzweifeln! Es muß uns ihre innerliche Freude sein, für unsere Bewegung mit ihren hohen Zielen zu arbeiten. Indem wir für diese arbeiten, arbeiten wir auch für unser Volk und für unser schwergeprüftes Vaterland.

Wir wiederholen, was wir so oft gesagt: daß unsere Arbeit Dienst sein soll, und daß sie im wahren Sinne des Wortes auch Dienst für unsere Berufsgenossen, für unseren Stand, aber auch für Heimat, Volk und Vaterland ist. Darum christlich-nationale Arbeiterbewegung: Wachse und gedeihe! Dein durch unsere Arbeit bewirktes Wachstum bedeutet, daß wir gleichzeitig auch arbeiten an der äußeren und inneren Freiheit unseres Volkes, des deutschen Volkes, dem wir mit heißem Herzen und ganzer Hingabe dienen wollen, — jetzt und immerdar!

Mit Mut u. Begeisterung in die Zukunft!

Wie sich unsere Verbandsgeneralversammlung auswirken muß.

Das hat der Zeit nicht stille steht, denn vorwärts drängt der Reiger ohne Raft.

Dieses Wort Freiligraths über die Schnelligkeit der Zeit kann vor allem auch angewendet werden auf unsere Gewerkschaftsbewegung. Es gilt vor allem auch für die Verhältnisse unseres Verbandes. Während noch über die Krisis der Gewerkschaftsbewegung geschrieben und gesprochen wird — vielleicht etwas allzuviel —, ist unser Verband erfreulicherweise schon über sie hinweg. Genau genommen, hat sich unserer Verband eine Krise — wenigstens so wie sie allgemein hingestellt wird — ja auch nie begeben, oder diese Krise hat in unserem Verbande doch nicht annähernd die Spuren hinterlassen, wie in manchen anderen Gewerkschaften.

Die letzte Generalversammlung des Verbandes, die in den Tagen vom 9.—12. Juni ds. Js. in Darmen

Zur Wirtschaftskrise in der Textilindustrie.

In dem Bericht über die Verhandlungen unseres Verbandstages in der letzten Nummer unserer Zeitung fehlte nachfolgende Entschliessung:

Die deutsche Textilwirtschaft ist von einer schweren Krise betroffen, die sich weiter verschärfen muß, wenn nicht schnellstens alle Maßnahmen zur Behebung der Absatzstörungen getroffen werden. Kapitalmangel, Kreditnot und wucherisch hohe Zinssätze, die zur Zeit unsere gesamte Wirtschaft zu Einschränkungen zwingen, wirken sich in der Textilindustrie am schlimmsten aus, weil die Weltmarktpreise für die wichtigsten textilen Rohstoffe zur Zeit zwei bis dreimal so hoch sind als in der Vorkriegszeit und entsprechend größere Mittel zur Aufrechterhaltung einer vollen Produktion erfordern. Außer der starken Belastung mit Steuern und Abgaben hat auch die Beibehaltung der Inflationspraktiken in Erzeuger-, Händler- und weiten Verbraucherkreisen zu einer übermäßigen Preissteigerung und damit zu den Absatzschwierigkeiten beigetragen. Zur Behebung des Notstandes hält der Verbandstag folgende Maßnahmen für dringend geboten:

1. Energetische Hinwirkung der Regierung auf schnellste und möglichst günstige Lösung des Reparationsproblems durch ein entsprechendes Abkommen. Erst nach Abschluß eines solchen Abkommens sind ausreichende Anleihen und Kredite vom Auslande zu erlangen und wird der Zinssatz für Leihkapital auf einen normalen Satz zurückgehen. Die Mietverträge und damit die unerträglichen Sonderbelastungen für die Wirtschaft des besetzten Gebietes werden alsdann durch eine gleichmäßige Lastenverteilung auf die Gesamtwirtschaft abzulösen sein.

2. Abbau und Umgestaltung der Umsatzsteuer, unter der die Textilwirtschaft besonders schwer leidet, weil diese Steuer bei jedem Umsatz von der Spinnerei bis zum fertigen Bekleidungsgegenstand zu zahlen ist und die Preise erheblich steigert. Solange auf eine Umsatzsteuer nicht ganz verzichtet werden kann, muß die Neugestaltung in folgender Weise erfolgen.

3. Abbau der Einfuhrverbote für alle textilen Halb- und Fertigfabrikate, bei gleichzeitiger Umgestaltung und Anpassung der Schutzzölle an die jeweiligen Wirtschaftsverhältnisse. Abschluß günstiger Handelsverträge. Die Einfuhrverbote haben der deutschen Industrie und dem deutschen Handel vielfach eine Monopolstellung auf dem deutschen Markte gegeben und durch das Fehlen der Konkurrenz bewirkt, daß

- a) die Inlandpreise in letzter Zeit bei den meisten Textilerzeugnissen zum Teil erheblich über den Weltmarktpreisen lagen, was bei der geschwächten Kaufkraft der breiten Verbraucherschichten abfahrgemendend wirkt;
- b) jene Auslandsstaaten, denen der deutsche Absatzmarkt verschlossen wird, Abwehrmaßnahmen zur Erschwerung oder sogar Unterbindung der Einfuhr deutscher Erzeugnisse treffen;
- c) der Abschluß günstiger Handelsverträge außerordentlich erschwert wird;
- d) infolge der starken Absatz auf dem Innenmarkt eine volle Beschäftigung bei guten Gewinnen ermöglichte, nicht die notwendigen Anstrengungen gemacht werden, durch betriebstechnische und betriebsorganisatorische Verbesserungen, sowie durch schärfste Kalkulation die Produktion und die Preise zu verbilligen.

4. Scharfe Ueberwachung der Kartelle und aller Unternehmerverbände. Verbot und Bestrafung aller Verabredungen und Maßnahmen dieser Organisationen, die zu Gunsten der Unternehmer einzelner Industrie- und Handelsgruppen überhohe Preise und damit eine ungerechtfertigte Belastung der Verbraucher bewirken. Industrie und Großhandel haben die behördliche Zwangswirtschaft mit rücksichtsloser Schärfe bekämpft und deren fast reflexlose Beseitigung bewirkt, sie haben jedoch in ihren und durch ihre Organisationen vielfach eine Zwangswirtschaft aufgerichtet und aufrechterhalten, die für Verbraucher und Kleinhandel unerträglich wirkt und auf die Dauer der ganzen Textilwirtschaft schwere Schädigungen bringen muß.

5. Umfassende Aufklärung der Verbraucher über die Preisverhältnisse und Erziehung zur Wirtschaftlichkeit, Förderung und Stärkung der Konsum- und Produktivgenossenschaften und dadurch Ausschaltung der übergroßen Zahl der Zwischenhändler.

Zur Geschichte unserer Verbands-Generalversammlungen.

V.

Zufolge einer Einladung der badischen Kollegen hatte die Generalversammlung zu Eberfeld im September 1912 einstimmig beschlossen, die nächste Verbandsgeneralversammlung im Jahre 1914 in Freiburg in Baden abzuhalten. Durch den Ausbruch des Krieges im August 1914 mußte dieser Plan vorläufig fallen gelassen werden. Die Verbandsleitung hoffte immer auf ein baldiges Ende des Krieges, aber dieses ließ Jahr für Jahr auf sich warten. Da entschlossen sich endlich Zentralvorstand und Verbandsauschuß zur Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung auf den 1. und 2. September 1918 nach Düsseldorf.

Die Kriegstagung

Land dann auch zu der angegebenen Zeit im bescheidenen Rahmen mit den führenden Verbandsmitgliedern und den gemählten Vertretern der Mitglieder statt. In den Druck-sachen für die Delegierten der außerordentlichen Verbands-generalversammlung konnte die Verbandsleitung darauf hinweisen, daß bereits bis zum Ende des zweiten Quartals 1918 1300 Mitglieder des Verbandes den Heibentod fürs Vaterland gefunden hatten. Im übrigen gab der zur Generalversammlung vorliegende Bericht auch ein recht anschauliches Bild von der erfolgreichen Tätigkeit des Verbandes für die Mitglieder während des Krieges. Die Kriegstagung des Verbandes beansprucht unser besonderes Interesse, weil sie eine Reihe programmatischer Forderungen hinsichtlich des weiteren Ausbaues der Sozialpolitik aufstellte. Diese wurden in nachfolgender Entschliessung niedergelegt:

Die am 1. und 2. September in Düsseldorf tagende außerordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands hält mit Rücksicht auf die Lage der Textilindustrie und die Notlage der Textilarbeiter die Erfüllung folgender, für die Zeit der Uebergangswirtschaft wie auch im allgemeinen in Betracht kommenden Forderungen für eine dringende Notwendigkeit:

- 1. Weitgehendste Förderung beim Wiederaufbau des Textilarbeiteres durch das Reich und seine Organe;

- 2. bei Festsetzung angemessener Preise für die Arbeitgeber: Verpflichtung zur Gewährung auskömmlicher Löhne für die Textilarbeiter und Einführung von Mindestlöhnen;
- 3. eventuelle Beschränkung der Arbeitszeit auf 50 Stunden in der Woche;
- 4. Beibehaltung und weiterer Ausbau der Erwerbslosenfürsorge;
- 5. Ausbau des Arbeitsnachweises;
- 6. Erhöhter Jugend-, Arbeiterinnen-, Frauen- und Wöchnerinnenschutz;
- 7. Freigabe des Samstagmittags;
- 8. Einheitslöhne in der Lohnberechnung nach deutscher Regel;
- 9. gesetzliche Vorschriften zum Ausschließen von Lohnlisten mit entsprechenden Erklärungen;
- 10. Entschädigung für Warten auf Material, Beseitigung der Fehlerstrafen als Abzug vom Lohn;
- 11. Einführung von Gewerbegerichten bezw. Kreisgewerbe-gerichten in industriell entwickelten Bezirken;
- 12. Vergütung der Buchzeiten unter Anrechnung derselben auf die übliche Arbeitszeit;
- 13. Lieferung von Schutzkleidern durch die Arbeitgeber, besonders bei nasser und schmutziger Arbeit;
- 14. Hinzuziehung der Arbeiter bei den Berufsgenossenschaften zur Ausübung der Aufsichtstätigkeit in den Betrieben;
- 15. Beteiligung der Arbeiter bei der Gewerbeinspektion und Ausbau der Inspektion zur Berufsgewerbeinspektion;
- 16. Verbot der Beschäftigung jugendlicher Personen und Frauen in Betrieben, welche die Gesundheit sehr beeinträchtigen;
- 17. Schutz gegen Entlassung bei Krankheiten; Sicherung der Freizügigkeit und Verhinderung von Mißbräuchen beim Abschluß von Lehrverträgen in der Textilindustrie;
- 18. obligatorische Fortbildungsschule für gewerbliche Arbeiter unter Mitberücksichtigung des Fachunterrichts (für Arbeiterinnen unter Mitberücksichtigung der hauswirtschaftlichen Ausbildung);
- 19. Uenderung der Mietverträge für Fabrikwohnungen bezw. größerer Schutz für Mieter von Fabrikwohnungen;
- 20. besserer Ausbau des Einigungswesens;
- 21. Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechtes.

Die Verbandsgeneralversammlung hegt die bestimmte Erwartung, daß die in Betracht kommenden Stellen gegenüber den Schritten, welche auf Verwirklichung der genannten Forderungen gerichtet sind, weitgehendstes Entgegenkommen zeigen werden.

Die Entwicklung des Verbandes in der Zeit kurz nach dem Kriege und die besonderen Vorgänge im sozialen und wirtschaftlichen Leben Deutschlands machten dann schon im Jahre 1919 wiederum die Abhaltung einer Generalversammlung notwendig. Diese fand vom 14. bis einschließlich 16. September 1919 wiederum in Düsseldorf, dem Sitz des Verbandes, statt. Die wichtigsten Entschliessungen dieses Verbandstages nahmen Stellung zu folgenden Fragen:

Von den gesetzgebenden Körperschaften verlangte die Generalversammlung ein scharfes Eintreten gegen den unerhörten und brutalen Mißbrauch der Freiheiten durch die Mitglieder des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. In einer weiteren Entschliessung sprach sich der Verbandstag mit aller Entschiedenheit für die Reichseinheit aus. Die Notwendigkeit einer starken Verbraucherbewegung und die Schaffung von Konsum- und Produktivgenossenschaften wurde gefordert. Der Verbandstag bekannte sich dann in einer besonderen Entschliessung zu den christlich-sozialen Ideen unserer Bewegung in dem Bewußtsein, daß von einer weiteren Auswirkung derselben sehr viel für die Gesundung unserer Verhältnisse abhängig sei.

Eine überspannte Zwangswirtschaft lehnte der Verband ab, aber auch eine freie Wirtschaft, die den Interessen der Gesamtheit nicht gerecht werden könnte. Für eine Sozialisierung komme die sehr komplizierte und verschiedenartige Textilindustrie nicht in Frage.

Der Verbandstag stellte sich auf den Boden einer weiteren Ausgestaltung der Arbeitsgemeinschaft, die noch mehr unter größerer Anteilnahme der Arbeiterschaft ausgebaut werden müsse. In den Betriebsräten sei der Arbeiterschaft ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht einzuräumen.

Der Verbandstag forderte dann weiter in einer Entschliessung eine Arbeitslosenfürsorge für die unverschuldet ganz oder teilweise erwerbslosen Textilarbeiter, sowie die Festlegung von Mindestlöhnen unter Mitwirkung des Staates. Gegen den Wucher und Schleichhandel nahm die Generalversammlung mit aller Schärfe Stellung und forderte von den Gemeinden und Kreisen die Sicherstellung für die Kartoffelversorgung der werktätigen Bevölkerung.

Arbeitspausen.

Von Landesgewerbeamt Dr. L e l e y.

Zwei Gruppen von Gründen haben die Arbeiterschaft zu ihrem Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit veranlaßt: kulturell und gesundheitlich. Raum war der Achtstundentag erreicht, so trat ein Gegensatz zwischen den beiden Motiven zutage. Der Wunsch nach möglichst langer zusammenhängender Freizeit, die allein vom einzelnen nützlich oder angenehm verwandt werden kann, der Wunsch, mit dem täglichen Arbeitspensum möglichst frühzeitig fertig zu werden, führt zu dem Bestreben nach möglichst kurzen Arbeitspausen. Sinken dieser Pausen aber unter ein gewisses Maß führt zu Gesundheitsschädigung.

Einer von uns, Landesgewerbeamt Dr. Gerbis, hat im Dezember 1923 in der „Sozialen Praxis“ auf diese „Fehler in der Praxis des Achtstundentages“ hingewiesen; er verlangt nach zweistündiger Arbeit eine viertelstündige Frühstilspause. Die Mittagspause muß so lange dauern, daß sie eine gemächliche Mahlzeit erlaubt und darüber hinaus noch mindestens 20 Minuten körperliche Ruhe; sie soll insgesamt niemals weniger als eine Stunde betragen; wenn die Arbeiter das Fabrikgrundstück verlassen müssen, ist mindestens eine 1/2 stündige Mittagspause notwendig, bei Schwerarbeit ist noch nachmittags eine viertelstündige Pause notwendig.

Zu ähnlichen Forderungen in bezug auf die Mittagspause kommt Professor Brezina in einem dem österreichischen Bundesministerium für soziale Verwaltung erstatteten Gutachten.

Pausen sind notwendig zur Vermeidung allzu starker Ermüdung, auf die nur langsam die Erholung folgt. Die Mittagspause muß lang sein, um Aufnahme einer möglichst reichlichen Nahrung in Ruhe zu gestatten, muß Zeit zur ruhigen Verdauung und zur Erholung geben. Die öster-

reichische Gewerbeordnung hat stets für Männer eine mindestens einständige Mittagspause vorgeschrieben. Diese Vorschrift ist auch bei gesetzlicher Einführung des Achtstundentages nicht aufgehoben worden. Bei längerer Arbeit waren außerdem Pausen von zusammen eine halbe Stunde gesetzlich vorgesehen.

Mir alle Gewerbeärzte und ein großer Teil der Gewerbeaufsichtsbeamten haben uns zur Zeit des allgemeinen Achtstundentages alle Mühe gegeben, auf die zweckmäßige Einschaltung von Arbeitspausen hinzuwirken, der Ueberpannung des Wunsches nach frühzeitiger Beendigung der Arbeitszeit entgegen zu treten — leider häufig nicht mit dem gewünschten Erfolg. Mir sind Betriebe bekannt, in denen die Arbeiterschaft innerhalb des Achtstundentages überhaupt keine Arbeitspause wünschte. In langen Besprechungen mit den Betriebsräten habe ich gefragt, was früher die Arbeiterschaft dazu gesagt hätte, wenn ein Arbeitgeber pausenlose Achtstundenarbeit verlangt hätte, ob es ihnen menschenwürdig schein, mitten im Rauch und Schmutz der Werkstatt mit von Schmieröl beschmutzten Händen einige Bissen Brot in den Mund zu schieben als einzige Nahrungsaufnahme zwischen 7 Uhr früh und 5 Uhr abends. Ich hatte darauf hingewiesen, daß in der halbständigen Mittagspause der Anblick der Werkstatt, in der die Arbeiter nach schnellstem Vertilgen ihrer Arbeitszeit in einem Winkel oder über den Arbeitstisch gelegt einschlafen, um beim Ertrinken der Stocke aus ihrem Schlummer aufzuwachen, an die schlimmsten von Marx und Engels beschriebenen Zustände erinnere. Ich hatte in dieser Ueberpannung des Achtstundentagsgedankens damals eine Uebertreibung gesehen, die mit langsamem Bestehen des Achtstundentages von selbst verschwinden würde.

Es ist anders gekommen; die Not der Zeit hat zur Verlängerung der Arbeitszeit gezwungen, damit ist aber der Wunsch nach der abendlichen Freizeit gestärkt worden. Der Wunsch nach möglichst geringen Arbeitspausen wirkt sich nun in einer Weise aus, die geradezu verheerend auf die Gesundheit der Arbeiterschaft wirken muß. Bei 7 1/2 und 10 stündiger Arbeitszeit eine einzige Pause von einer halben Stunde muß mit Notwendigkeit zur Uebermüdung und zu raschem Aufbrauch der Körperkräfte führen, auch bei den kräftigsten Männern und bei Nichtschwerarbeit.

Es muß die Arbeiterschaft ganz entschieden davor gewarnt werden, in einer solchen Weise Raubbau an ihren Kräften zu treiben. Gewiß ist es erwünscht, früher zu Hause zu sein, in den Sommermonaten mehr Zeit zu haben, den Kleingarten zu bestellen, für die Frauen noch Zeit zu haben, Einkäufe in Ruhe zu besorgen. Alle diese Dinge aber müssen für den Arbeiter zurücktreten hinter der Schädigung der Gesundheit, die ein stundenlanges, pausenloses Arbeiten, ein Arbeiten ohne eine zur Einnahme der Mahlzeit und zum Ausruhen notwendige Mittagspause mit sich bringt. Noch mehr als den männlichen Arbeiter schädigt solches durch ganz ungenügende Pausen unterbrochenes Arbeiten Frauen und Jugendliche. Die deutsche Gewerbeordnung enthält keine Vorschriften über die Arbeitspausen erwachsener männlicher Arbeiter, sie schreibt aber für jugendliche Arbeiter bei mehr als achtstündiger täglicher Arbeitszeit eine einständige Mittagspause und vormittags und nachmittags je eine halbe Stunde Pause vor, für Arbeiterinnen eine mindestens einständige Mittagspause. Gegen alle diese notwendigen Arbeiterschutzbestimmungen wenden sich aber jetzt häufig die Arbeiter und die Betriebsvertretungen selbst, verlangen auch für Jugendliche und Frauen einen Wegfall der Zwischenpausen, die Kürzung der Mittagspause. In dem begreiflichen, aber kurzfristigen Wunsch nach frühzeitiger Beendigung der täglichen Arbeitszeit übersehen Arbeiter und Arbeiterinnen den Schaden, den die durch das Fehlen entsprechender Pausen hervorgerufene oder gesteigerte Ueberanstrengung in ihrer Gesundheit und Körperkraft anrichtet. Darüber hinaus aber müßten Gewerkschaften und Betriebsräte sich die Frage vorlegen, ob es ihre Aufgabe sein kann, so mitzuarbeiten an dem Abbau gesetzlicher Arbeiterschutzbestimmungen, durch deren Einführung einst einem dringenden Wunsch der Arbeiterschaft entgegengetreten wurde. Ich bin überzeugt, daß Betriebsräte und Gewerkschaften, wenn sie die Frage der Arbeitspausen nach allen diesen Richtungen hin in Erwägung ziehen, selbst die Notwendigkeit dieser Arbeiterschutzbestimmungen einsehen, die Unannehmlichkeiten und kleinen Vorteile frühzeitigen Arbeitschlusses gegenüber den Notwendigkeiten des Gesundheitsschutzes zurückstellen werden.

Eine grobe Pflichtverletzung eines Betriebsratsvorsitzenden.

Bei der Firma Stef. Beißel Ww. u. Sohn, Nadel-fabrik in Aachen, sollte der Beginn und das Ende der Arbeitszeit verlegt werden. Da die Belegschaft zum Teil aus ländlichen und zum Teil aus Leuten aus der Stadt besteht, war infolge der Fahrgelegenheit für die ländlichen Kollegen die Sache nicht so einfach. Nachdem die im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter sich ausgesprochen hatten, konnten die Gegenätze zwischen Stadt und Land überbrückt werden. Die Christlichorganisierten beantragten daraufhin eine Betriebsversammlung mit Hinzuziehung der Gewerkschaftsführer. Der sozialistische Vorsitzende des Betriebsrats lehnte jedoch das letztere ab. Die Betriebsversammlung fand am 1. April statt.

Als der Gewerkschaftsführer Krott des christlichen Metallarbeiterverbandes in der Versammlung erschien, wurde er vom Vorsitzenden Weyers aufgefordert, das Lokal zu verlassen. Trotzdem er auf § 47 B.R.G. aufmerksam gemacht wurde, nahm er eine Abstimmung vor, die scheinbar eine Mehrheit für den Vorsitzenden brachte. Nach der Erklärung von Krott's, nur der Gewalt zu weichen, schloß der Vorsitzende dann die Versammlung.

Die Sache fand am 10. April ein Nachspiel am Gewerbeamt. Der Gewerkschaftssekretär von Weych vom Deutschen Metallarbeiterverband fand den traurigen Mut, die Sache des Vorsitzenden des Betriebsrats zu vertreten. In der altgewohnten Weise spielte derselbe die Rolle des Gefährten.

Das Gericht kam dann zu folgendem Urteil:

Im Namen des Volkes!

Entscheidung.

Das Gewerbeamt zu Aachen hat in der öffentlichen Sitzung am 10. April 1924, an welcher teilgenommen haben:

- 1. als Vorsitzender: Dr. Bonachten,
- 2. als beizigende Richter:
 - a) von den Arbeitgebern: Leonhard Kerrff und Alois Oster,
 - b) von den Arbeitnehmern: Nikol. Ritgen und Matth. Wolf,

für Recht erkannt: Der Vorsitzende des Betriebsrats der Firma St. Beißel sel. Ww. Sohn, Weyers zu Aachen, wird seines Amtes als Mitglied des Betriebsrates wegen

gröblicher Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten gemäß § 39 Abs. 2 B.R.G. für verlustig erklärt.

Latbestand und Gründe:

Nach § 47 B.R.G. kann an den Betriebsversammlungen... Nach § 47 B.R.G. kann an den Betriebsversammlungen...

Eine Bevorzugung einer Partei oder Benachteiligung einer Partei durch den Vorsitzenden stellt eine grobe Pflichtverletzung dar.

Sein Amt erlöscht infolge dieser Entscheidung.

Aus unserer Bewegung.

Textilarbeiter wehrt sich

Vom Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands wird uns geschrieben: Seit mehreren Monaten...

Am 3. Juni fällt der staatliche Schlichtungsausschuss Rheydt für die Samtindustrie einen Schiedspruch...

- 1. Die Geschäftslage der Samtindustrie ist nicht günstig. Die Amerikaaufträge, die in den vergangenen Jahren der Industrie Beschäftigung boten, sind ausgeblieben.

Seit 1914 hat sich die wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes in Deutschland verheerend verschlechtert. Es kam der Krieg, zahllosen Familien wurde der Ernährer genommen.

keit gegeben ist. Die Textilarbeiterfamilien sind durch Krieg und Nachkriegszeit heruntergekommen. Schränke und Rufen sind ihres Inhaltes beraubt.

Die Ablehnung des Schiedspruches für die Samtindustrie durch die Arbeitgeber ist der Arbeiterschaft unverständlich. Sie kann sich nicht zu der Auffassung aufbringen...

Textilarbeiter wehrt sich auch gegen die Niedrighaltung der Löhne, indem ihr den christlichen Textilarbeiterverband stärkt. Nur eine starke geschlossene Organisation verbürgt Besserung der Lage des Textilarbeiterstandes.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Soest. Eine eindrucksvolle Jubelfeier fand in unserer Ortsgruppe am 24. und 25. Mai statt. Sie galt der Erinnerung an die vor 25 Jahren hier erfolgte Gründung der Ortsgruppe unseres Verbandes.

Aus dem Bezirk Krefeld. Ausflug zum Waldschlösschen nach St. Lönis. Am Sonntag, den 6. Juli veranstaltete die Ortsgruppe Krefeld, Biersen, Hüls, Dülken, Anrath, Süchteln, St. Hubert, Kempen, Fischeln, Nierath und St. Lönis einen gemeinsamen Ausflug zum Waldschlösschen bei St. Lönis.

Bekanntmachung.

Die Verbands-Generalversammlung in Barmen hat folgende wichtige Beschlüsse gefasst.

- 1. Als Wochenbeiträge für die Zentralkasse sind folgende Beitragsklassen eingeführt: 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 60, 70, 80, 90, 100 Goldpfennig.

In besonderen Fällen kann der Zentralvorstand auf Antrag Ausnahmen bewilligen.

4. Für einzelne Tarifgebiete können die Bezirks- oder Ortsgruppenkonferenzen oder die von diesen beauftragten Tarifkommissionen den Zentral- und Sozialtariff festlegen.

5. Jedem Mitgliede steht es frei, einen höheren als den für seine Gruppe maßgebenden Beitrag zu entrichten.

6. Mitglieder, die in eine höhere Beitragsklasse übertreten, haben erst Anrecht auf die höheren Unterstützungsätze, nachdem sie bei Streit- und Gemafregelungenunterstützung mindestens 18, bei Erwerbslosenunterstützung mindestens 26, bei Sterbe- und Unfallunterstützung mindestens 52 Wochenbeiträge der höheren Beitragsklasse entrichtet haben.

Bei Übertritt von einer höheren in eine niedrigere Beitragsklasse werden in allen Fällen die Unterstützungsätze entsprechend der niedrigeren Beitragsklasse gezahlt.

7. Die Ortsgruppen decken ihre Geschäfts- und Agitationskosten aus den Einnahmen der erhobenen Sozialzuschläge. Wenn die Bezirkskonferenzen den Sozialzuschlag fassen, darf ein bestimmter Prozentsatz der Einnahmen aus den Sozialzuschlägen an die Bezirksgruppen abzuführen sein, so ist dieser Beschluss für alle Ortsgruppen des betreffenden Bezirkes bindend.

Zum Punkte Unterstützungen: Streikunterstützung. (§ 36 der Satzungen.)

12. Zentralvorstand: Die Streikunterstützung soll mit der Maßgabe, daß der Zentralvorstand in besonderen Fällen Abweichungen vornehmen kann, in der Regel betragen:

Table with 2 columns: Weeks of contribution, Amount. Rows: 13 Wochenbeiträge, 1/2 famje d. wochbeitr., 26, 2 1/2, 104, 3, 156, 3 1/2, 200, 4, 250, 4 1/2, 300, 5, 400, 5 1/2.

Als Kinderzuschlag wird für jedes Kind unter 14 Jahren 10 Prozent des Unterstützungsatzes gewährt.

Bei der Gemafregelungenunterstützung bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen. Die Reiseunterstützung kommt in Wegfall.

Erwerbslosenunterstützung. Die Wiedereinführung der Erwerbslosenunterstützung wurde im Prinzip beschlossen. Der Termin der Wiedereinführung bleibt den Beschlüssen des Zentralvorstandes und des Verbandsauschusses vorbehalten.

Bekanntmachung.

Auf die von uns herausgegebenen Sammellisten folgen folgende Beträge ein:

Table with 2 columns: Ortsgruppe, Amount. Rows: Werben 65, Goch 19,40, M.-G. Bettrath 200, Hagen 50, Werden 53,50, Krefeld 73,50, Dülken 132, Biersen 87, Sondereingang 13, Senden 14,20, Wassenberg 212, Birgden 36, Stadthohn 250, Gumringen 11,60, Aachen 702,60, Amern St. Georg 116,70, Conzen 19,15, Ringenhain 56,95, Nienkerk 50, Eversberg 4,50, Neijckau 10, Gienheim 17,50, Werden 81, Dorshemmitz 22, M.-Gl. Sicken 81,50, Freiburg/Schle. 6,50, Biersen 250, Lindau 31,70, Anrath 100, Reinerz 5, Deuna 7, Großschönau 99,50, Kolbermoor 53, Mittelmalbe 32, Odenroth 46,30, Neurode 14,50, Plauen 15,15, M.-Gl. Hardt 63,50, Mennighöfen 15,20, Mönningen 9,80, Pöckel 16, Seisnig 10, Hölstein 9,10, Rheydt 332, M.-Gladbach 67, Sekr. M.-Gladbach 132,90, Greden 138, Düsseldorf 28,20, Zigenhausen 28, Krefeld 81,70, Erlangen 10, Petersmaldau 14,35, Eibenloek 29, Schiefbahn 20,45, Neumark 3, Summa 4357,95.

Der Zweig.

Jon Esse Dankenheimer. Ich reidt der Zweig sich, hart und jung, Durch seiner Brüder hemmendes Gewirr.

Ich bog ihn nieder, zwang ihn leise grad' Und fühlte wie er sich weigernd wand.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Das Ringen um Grundzüge und Methoden in der deutschen Arbeiterbewegung. - Mit Mut und Begeisterung in die Zukunft! - Ein vorbildliches Arbeiterparlament. - Zur Wirtschaftskrise in der Textilindustrie. - Zur Geschichte unserer Verbands-Generalversammlungen. - Arbeitspausen. - Eine grobe Pflichtverletzung eines Betriebsratsvorsitzenden. - Aus unserer Bewegung: Textilarbeiter wehrt sich! - Berichte aus den Ortsgruppen: Soest, Krefeld. - Bekanntmachungen. - Gedichte.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Sonnenstr. 33.